

Musterwiderspruch: amtsangemessene Besoldung aktiver Dienst

Absender:

An die Bezügestelle

Personalnummer:

Datum:

Amtsangemessene Besoldung, Widerspruch gegen den Bescheid vom _____

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich form- und fristgerecht Widerspruch ein gegen den Ablehnungsbescheid vom _____ ein.

Dieser Ablehnungsbescheid erfasste leider lediglich den Zeitraum von 1.11.2024 bis fortlaufend. Mein Antrag, den ich im Geschäftsjahr 2024 gestellt hatte, bezog sich aber auf das gesamte Jahr 2024. Daher bitte ich, den Zeitraum von 1.1.2024-31.10.2024 noch zu bescheiden.

Den Widerspruch begründe ich wie folgt:

Als verbeamtete Lehrkraft habe ich einen verfassungsrechtlich geschützten Anspruch auf amtsangemessene Besoldung. Meine Besoldung in Jahr 2024, aber auch fortlaufend, wird diesen Kriterien nicht gerecht.

Die durch die Rechtsprechungen des Bundesverfassungsgerichts aufgestellten Voraussetzungen für eine amtsangemessene Alimentation sind aus meiner Sicht weder durch das Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge des Landtags von Baden-Württemberg vom 9.11.2022 noch durch die Änderung vom 5.11.2024 (BVAnp-ÄG 2024/2025) erfüllt.

So wurde weder das Mindestabstandsgebot zur Sozialhilfe eingehalten, noch das Abstandsgebot zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen. Letzteres wurde zuletzt vor allem durch die Besoldungserhöhung um einen für alle Besoldungsgruppen gleichen Sockelbetrag noch verschärft.

Hinzu kommt, dass nun rückwirkend zum 1.1.2024 ein fiktives Partnereinkommen angerechnet wird, um das Abstandsgebot zur Sozialhilfe zu erhalten. Diese Vorgehensweise halte ich nicht für rechtmäßig.

Hieraus folgt, dass meine momentane Besoldung eben nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen entspricht.

Ich gehe davon aus, dass Ihre Bescheidung des Anspruchs für das laufende Geschäftsjahr noch nicht möglich ist. Ich teile Ihnen daher mit, dass ich mir eine erneute Geltendmachung dieses Anspruchs für das laufende Kalenderjahr weiterhin vorbehalte.

Mir ist bekannt, dass es in der Sache Musterfeststellungsklagen des Beamtenbunds geben wird. Bezüglich der Anrechnung des Partnereinkommens sind bereits Klagen anhängig. Ein Verfahren wurde bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausgesetzt.

Bis zu einer rechtskräftigen Gerichtsentscheidung bitte ich, meinen Widerspruch ruhend zu stellen. Ich bitte Sie außerdem, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und mir dies entsprechend mitzuteilen.

Bitte senden Sie mir zudem eine Eingangsbestätigung.

Mit freundlichen Grüßen,